

Holger Herlitschke

1/6



Persönliches

Name Herlitschke
Vorname Holger
Geburtstag 02.04.1964
Geburtsort Braunschweig
Nationalität Deutsch
Adresse Wolfenbütteler Strasse 83
38102 Braunschweig
Eltern Horst Herlitschke
Magdalena Herlitschke, geb. Brandes
Geschwister Peter Herlitschke
Oliver Herlitschke
Familienstand ledig, aber in Beziehung
Kinder nein
Religion nein, konfessionslos
Hobbies Lesen, Reisen, Politik,
Rollerfahren, Malt Whisky
Heavy Metal Musik
und mein kleiner Kater Fritz

Berufliches

Ausbildung

1970 – 84 Schulbesuch in Braunschweig
Abschluss: Abitur
1984 - 87 Ausbildung
zum Schauerbegestalter
bei der Firma Langerfeldt KG
in Braunschweig
1987 - 88 Grundwehrdienst
als Sanitäter
1989 - 89 Praktika zum Architekturstudium
1989 - 93 Architekturstudium
FH Hildesheim/Holzminen
Abschluss: Diplom

Beruf

1993 - 96 Angestellter Architekt
in versch. Architekturbüros
in Braunschweig
Seit 10 / 1996 Selbständiger Architekt
in einer Büropartnerschaft
in Braunschweig

Politisches

30.06.2004 Parteieintritt
Oktober 2006 Wahl in den Rat der Stadt
und neben Gilla Witte
Fraktionsvorsitzender
Januar 2009 Alleiniger Fraktionsvorsitzender
nach dem Rücktritt von
Gilla Witte
September 2011 Wiederwahl in den Rat der Stadt
Fraktionsvorsitzender und
Vorsitzender des Planungs- und
Umweltausschusses
In der gesamten Zeit Aktivitäten in verschiedenen
von 2004 bis heute LAGen und örtlichen AGen
Darunter in der
LAG Bauen und Wohnen,
deren Sprecher ich mehrfach war



Mal ein weniger offizielles Foto, da Politiker ja auch normale Menschen sind und man mich auch so wahrnehmen sollte. Hier beim Whisky-tasting in Tomintoul/Schottland.



Warum möchte ich

Oberbürgermeister werden?

Seit dem Amtsantritt des scheidenden Oberbürgermeisters Dr. Hoffmann sind in Braunschweig viele Entscheidungen unter der ihn tragenden Ratsmehrheit von schwarz-gelb gefallen, die aus grüner Sicht fragwürdig, unnötig, kurzsichtig oder gar kontraproduktiv waren. Auch wenn es bei der Kommunalwahl 2011 gelungen ist, die schwarz-gelben möchtere Haushalte-Sanierer von der Mehrheit im Rathaus zu verdrängen, wirken diese Entscheidungen auf Jahre erheblich nach. Manche sind mittelfristig nicht mehr reversibel und wir müssen uns wohl damit zunächst arrangieren.

Was war

Allen ist sicher die Überbauung des Schlossparkes mit dem ECE und dem „Vorhänge“-schloss noch in Erinnerung. Auch der Verkauf des 75%-Anteiles der Stadtwerke/BS-Energy an Veolia sowie die Abwasserprivatisierung und der PPP-Vertrag sind stark umstrittene und von uns bekämpfte Entscheidungen gewesen. Während sicher niemand der Meinung ist, dass wir das ECE mit historisierender Fassade wieder abreißen können, so müssen doch Überlegungen gemacht werden, wie man mit diesen Entscheidungen nun weiter umgeht. All diese Entscheidungen hatten nur ein Ziel: Cash in die Kasse zu bekommen! Aber zum Preis, Vermögen zu verscherbeln. Damit sollte der (sehr kurzfristige) Erfolg der sog. Haushaltssanierung gefeiert werden. Und wirklich: plötzlich war Geld da, es konnten Schulden schneller zurückgezahlt werden und hier und da die eine oder andere Investition getätigt werden. Aber um welchen Preis? Das Vermögen ist weg! Damit mögliche Sicherheiten, wenn wirklich mal wider Kredite nötig würden. Zudem sind die Verkaufsgewinne nunmehr fast aufgezehrt und die Stadt rutscht nun in ein strukturelles Defizit, weil wir z.B. Gewinne aus diesen Unternehmen nicht mehr in vollem Umfang vereinnahmen können. Oder weil wir uns mit einem PPP-Geschäft zwar keinen Kredit, aber ein fast gleichartiges „kreditähnliches“ Rechtsgeschäft eingekauft haben. Dass heißt, wir Zahlen zwar keinen Kredit ab, aber dauerhafte, festgeschriebene Raten an das PPP-Unternehmen. Der Unterschied liegt nur bei der Namensgebung! Das Geld, das bezahlt wird, ist das gleiche. Womöglich gar mehr, denn so ein Unternehmen möchte auch Gewinne machen. Wie hoch die Kosten am Ende

wirklich sind und welche Qualität wir erreicht haben, wird erst am Ende der Laufzeit, wenn wir die Gebäude zurücknehmen müssen, sichtbar. Damit will ich sagen, dass einige der beschlossenen Projekte zumindest darauf hin geprüft werden müssen, ob ein Rückkauf oder eine Anpassung möglich ist und zu welchem Preis. Wo das nicht geht oder nicht finanzierbar ist, muss über neue eigene Unternehmen der Daseinsvorsorge nachgedacht werden. Hamburg hat wieder einen eigenen Energieversorger, Berlin kauft von Veolia gerade die Wasserversorgung zurück und in Hamburg wird das Energienetz seit dem Volksentscheid vom Wochenende nun wieder in städtische Hand zurückgegeben ... Offenbar war das Privatisierungsmodell in anderen Kommunen nicht die beste Idee. Hier in BS hat man, aus meiner Sicht, viel zu lange auf diese Karte gesetzt. Zulasten der Haushaltsbilanz und der Bürger. Zudem ist die eigene Verwaltung so zu stärken, dass Abenteuer wie PPP zukünftig nicht nötig sind. Zumal wir nie wissen, ob wir es am Ende der Vertragslaufzeit noch immer mit dem selben Unternehmen zu tun haben. Der erste Weiterverkauf des PPP-Projektträgers ist schon geschehen.

Was muss werden

Während in diesen genannten Bereichen aus meiner Sicht ein besonderer Aktionismus an den Tag gelegt wurde, ist an anderen Stellen regelrecht etwas liegen geblieben. Mit zum Teil fatalen Folgen.

PPP/Schulsanierung

Die Sanierung unserer Schulen kommt, trotz PPP nur schleppend voran. Hier sind jedoch immerhin erste Ansätze zu erkennen, dass sich etwas bessert. So ist ein auf meine Initiative hin einstimmig im Rat beschlossenes Effizienzpaket auf den Weg gebracht worden, das die Verwaltung in die Lage versetzen soll Schulen schneller und preiswerter, bei höherem Standard zu sanieren. Offenbar hat hier der gesamte Rat erkannt, dass es mit PPP allein nicht geht und der Haushalt dadurch auch nur kosmetisch entlastet wird. Das was PPP kann, können wir selber besser! Man muss uns nur lassen!

Schulentwicklung

Eng mit diesem Thema verzahnt ist die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung. Denn natürlich sollten, nein müssen wir wissen, wo die Reise mit Braunschweigs Schulen hingeht. Hinsichtlich der Belegungszahlen, Räume und Unterrichtsmaterialien in den verschiedenen Schulformen müssen wir wissen, was in der Zukunft

Holger Herlitschke

3/6



benötigt wird und angeboten werden muss. Schule entwickelt sich täglich weiter und muss andauernd neue Herausforderungen bestehen. Gute Bildung mit guten Rahmenbedingungen für unsere Kinder ist eine der wichtigsten Grundlagen für die zukünftige Entwicklung unseres Landes und damit natürlich auch für Braunschweig. Der Schulentwicklungsplan muss hier Antworten geben, die in die Zukunft weisen. Die Stadt als Schulträger steht hier in einer besonderen Verantwortung.

Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklungsplanung ist, nach Jahren des Stillstands und der Planung nach zufälligen Parametern, durch die neue Ratsmehrheit wieder auf den Weg gebracht. Allerdings ist hier ein langer Weg zu gehen, da die zur Verfügung stehenden Daten, wegen der fehlenden Fortschreibung in der Hoffmann-Ära, teilweise 10-15 Jahre alt oder noch älter sind. Braunschweig muss wieder eine städteplanerische Vision haben, damit wir einem Kompass entwickeln können, wohin es mit unserer wachsenden Stadt gehen soll. Wo wollen, wo können, wo müssen wir entwickeln? Wie entwickeln sich die verschiedenen Stadtteile? Wo muss es zusätzliche Angebote geben? Welche Verkehrsentwicklung nimmt die Stadt und welche Wegebeziehungen verändern sich? Das alles muss neu bewertet werden. Und zwar unter intensiver Beteiligung der Bürger. Wie das geht, zeigt schon die Beteiligung bei der Entwicklung des nördlichen Ringgebietes. Aber auch hier ist noch Potential nach oben. Ziel all dieser Bemühungen muss sein, dass es in Braunschweig guten, bezahlbaren Wohnraum für alle Schichten der Bevölkerung gibt. Auch hier ist ein Ansatz schon gemacht und die Verwaltung arbeitet schon auf der Grundlage eines Gutachtens, das die NiWo hat erstellen lassen. Dieser Bereich wird in der nahen Zukunft einen wesentlichen Bestandteil des städtischen Handelns bilden müssen. Ich will hierauf ein besonderes Augenmerk legen.

ÖPNV

Auch beim Thema Stadtentwicklung gibt es ein eng verzahntes und besonders wichtiges Thema: Die Verkehrsentwicklung! Und dabei insbesondere das ÖPNV-Angebot. Auch hier hat, zum Schaden der Stadt, ein Stillstand schon vor Jahren eingesetzt. So ist es zwar gelungen, das Defizit der Verkehrs AG deutlich zu senken und dabei dennoch das Verkehrsangebot leicht zu verbessern. Aber das ist maximal als Bestandssicherung zu werten. Antworten auf die neu entstandenen Siedlungskerne wie z.B. Lamme oder auch auf die zunehmende Verdichtung in

anderen Stadtteilen ist nicht zu erkennen. Das Scheitern der Regio-Stadtbahn scheint hier alle Beteiligten in einer Art Schockstarre und in gewisser Ratlosigkeit zurückgelassen zu haben. Dabei ist es gerade, WEIL die RSB gescheitert ist, umso wichtiger, dass wir aus Braunschweig heraus unseren internen Verkehr optimieren und die möglichen Anschlusspunkte zum 2014+-Konzept des ZGB benennen und forcieren. Auch hier hat die neue Ratsmehrheit die ersten Schritte beschlossen und auf den Weg gebracht. Die ersten Vorschläge konnten kürzlich in der BZ nachgelesen werden. Jedoch ist hier schnelles Handeln notwendig.

Braunschweig wuchs in den letzten Jahren und wächst wohl auch in den kommenden deutlich um jährlich 1.500-2.000 Einwohner. Diese Menschen möchten nicht nur preiswerten und angemessenen Wohnraum finden. Sie möchten auch mit einem guten ÖPNV Angebot in die Innenstadt kommen können. Entscheidend dabei wird sein, dass in der Verkehrs-AG selbst eine Vision für den städtischen Nahverkehr der nächsten Jahre entwickelt wird. Hier müssen noch Anstöße gegeben und ein Finanzrahmen benannt werden. Es ist dabei ein gutes Zeichen, dass die neue Landesregierung die Förderkulisse für den Schienengebunden öffentlichen Nahverkehr deutlich verbessern wird. Nach Hannover ist nun auch Braunschweig an der Reihe, seinen ÖPNV deutlich zu verbessern. Dies werde ich in Hannover deutlich einfordern!

Handel und Wirtschaft

Der Einzelhandel hat sich in den letzten Jahren erfreulich entwickelt. So auch in Braunschweig. Der Einkaufsstandort ist positiv in der Region verankert. Das Umland kommt gerne nach Braunschweig. Das ECE hat das Angebot erweitert. Auch wenn man sagen muss, dass dies nicht vertikal sondern eher in der Breite geschehen ist. Vieles wird in Braunschweig doppelt angeboten. Filialisten machen sich breit und verdrängen den inhabergeführten Einzelhandel. Das mit dem ECE versprochene gehobene Shopping ist eher einer in allen anderen vergleichbaren Städten auch aufzufindenden Durchschnittsqualität gewichen. Dennoch, es ging, auch durch begleitende städtebauliche Maßnahmen, ein kleiner Ruck durch den Einzelhandel. Allerdings sind auch Seiteneffekte aufgetreten, die ich schon beim Beschluss zum Bau des ECE kritisierte. Die Innenstadt hat sich östlich verlagert, die Kundenströme sind dieser Verlagerung gefolgt. Das Ergebnis ist, dass schon vorher strukturschwache innerstädtische Bereiche weiter abgehängt worden sind. Das „KULT-Viertel“ um die Friedrich-Wilhelm-Straße ist hier exemplarisch zu nennen. Bauliche Maßnahmen, wie die äußerst

Holger Herlitschke

4/6



gelungene Umgestaltung des Bankplatzes haben hier hoffentlich einen Umschwung eingeleitet. Die von mir mit Nachdruck begleitete und gegen viele Widerstände dann doch knapp beschlossene Umgestaltung des Friedrich-Wilhelm-Platzes setzt diesen Weg fort. Dennoch ist im gesamten westlichen Innenstadtgebiet noch viel Arbeit zu tun, um die einsetzende Abwanderung von Einzelhandel zu stoppen und den gegenteiligen Trend einzuleiten. Der Braunschweiger Wirtschaft geht es im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gut. Der größte Arbeitgeber in der Region, VW, schreibt kontinuierlich schwarze Zahlen und sichert damit Arbeitsplätze in Braunschweig.

Wenn auch der europäische Automarkt schwächelt, so ist der Gesamtkonzern ganz offensichtlich so gut aufgestellt, dass man sich wohl mittelfristig keine Sorgen machen muss. Allerdings ist zu beobachten, dass VW dem Trend zu Hybrid- und Elektrofahrzeugen erst sehr spät gefolgt ist. Es ist zu hoffen, dass hier der Anschluss und die Technologieführerschaft schnell erreicht wird. Gerade unsere Verkehrs-Kompetenz-Region benötigt diesen Ansatz, weil hier eine vielfältig verflochtener Wirtschaftsraum mit 3 Kernzellen, Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter, auch beim MIV so erschlossen werden muss, das dabei der Ressourcenverbrauch minimiert wird und CO²-Vermeidung im Vordergrund steht. Wer, wenn nicht VW, kann und muss diesen Ansatz in unserer Region verankern? Ich werde dafür eintreten, dass diese Chance in Braunschweig genutzt wird. Viele andere Wirtschaftszweige in Braunschweig sind in irgendeiner Weise mit VW verflochten und direkt oder indirekt in einer gewissen Abhängigkeit von VW. Das ist eine Tatsache, der man sich bewusst stellen muss.

Es muss somit deutlich darum gehen, diese Zusammenhänge und Verflechtungen mit städtischem Handeln so zu begleiten, dass bestehende Bezüge gefestigt werden und neue Chancen für andere Wirtschaftszweige mit weniger Abhängigkeiten zu VW gefördert werden. Eine gute leistungsfähige Wirtschaft funktioniert nur in der Vielfalt. Der

Wirtschaftsförderung kommt hier in besonderem Maße eine Schlüsselrolle zu.

Hier müssen Ansätze gefunden werden, die Förderung so aufzustellen, dass sie nachhaltig wirkt und zielgerichtet eingesetzt wird. Gerade die erneuerbaren Energien bieten hier vielfältige Möglichkeiten, den Wirtschaftsstandort nachhaltig zu stärken. Die TU hat in vielen Bereichen das nötige know-how und die ortsansässige Handwerkerschaft ist gut und vielfältig aufgestellt. Gute Voraussetzungen für die Umsetzung der Energiewende und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Finanzen

Das sogenannte „Haushaltswunder“ von Braunschweig wurde schon vielfach von den alten Ratsmehrheiten und in den Medien sowie in der breiten Öffentlichkeit diskutiert. Immer wurde gebetsmühlenartig wiederholt, dass Braunschweig praktisch schuldenfrei ist. Auf den ersten Blick sieht das auch so aus. Nur werden bewusst die sog. „kreditähnlichen Rechtsgeschäfte“ nicht in diese Berechnung mit einbezogen. Würde man diese hinzuziehen, so ergäbe sich ein ganz anderes Bild. Langfristige Verbindlichkeiten in Millionenhöhe! Alleine im PPP-Bereich sind dies über 70 Mio. €, die im Rahmen dieses Geschäftes als verdeckter Kredit aufgenommen wurden. Auch in anderen Bereichen wie z.B. der Abwasserprivatisierung ist in ähnlicher Weise verfahren worden. Diese Verbindlichkeiten finden sich jedoch (noch) nicht ehrlich aufgearbeitet im städtischen Haushalt wieder. Erst im Rahmen des sog. „konsolidierten Gesamtabschlusses des Konzerns Stadt“ werden langsam aber sicher diese Verbindlichkeiten deutlich werden. Zudem sind die Rücklagen aus den Privatisierungsverkäufen langsam aber sicher aufgebraucht. Mit anderen Worten: Die wahre Haushaltslage wird sich erst in den nächsten Jahren herausstellen. Solange haben es Hoffmann und Schwarz-Gelb vermocht, die Öffentlichkeit über die tatsächliche Kassenlage und die zukünftige Finanzlage der Stadt im Unklaren zu lassen! Ich behaupte: die echte Haushaltssanierung steht uns noch bevor! Dann aber ohne Vermögen, das wir ja inzwischen verkauft haben. Hier liegt die Herausforderung der nächsten Jahre!

Örtliche Energiewende

Was auf Bundesebene durchgesetzt werden muss, um uns mittelfristig eine auf erneuerbaren Energien aufbauende Versorgung zu sichern, muss auch im kleinen, also in Braunschweig vor Ort, in Angriff genommen werden. Hier ist leider, trotz vielversprechender Ansätze, noch nicht wirklich viel in Gang gesetzt worden. Der auf grüne Initiative hin eingestellte Klimaschutzmanager hat seit einigen Jahren seine Arbeit aufgenommen und kann, durch Ratsbeschluss gesichert, seine Arbeit nun in einer unbefristeten Vollzeitstelle in Ruhe fortführen. Eine wichtige Schlüsselposition für die Umsetzung der örtlichen Klimaschutzziele.

Auch eine Energieberatung, die nach meiner Auffassung schnellstmöglich in eine Klimaschutzagentur, möglichst auf regionaler Ebene, umgewandelt werden muss, ist in der Diskussion. Jedoch beschleicht mich das Gefühl, dass hier mit viel heißer Luft derzeit ein Stück weit die Möglichkeiten

Holger Herlitschke

5/6



und Potentiale verschenkt werden. Ein echtes Vorankommen ist nicht festzustellen. Dumm nur, dass die Energiewende, auch und gerade vor Ort, schnell und nachhaltig umgesetzt werden muss. Alles andere kostet unnötig Zeit und Geld. Eile ist angesagt, wo derzeit mehr gebremst wird!

Dank grüner Initiative ist aber auch hier ein erster Ansatz getan. Ein, wenn auch kleines, örtliches Förderprogramm für Energieeinsparung ist auf den Weg gebracht worden.

Dennoch muss der Einsatz von erneuerbaren Energien schneller gehen und in größerem Umfang umgesetzt werden. Regionale Selbstversorgung, ganz so wie es das ZGB-Solarpotentialkataster für die Region vorsieht, muss auch in BS schnellstmöglich greifen. Da wir laut 1. Änderung des RROP des ZGB keine Standorte für Windkraftanlagen zur Verfügung haben, muss hier das Solar- und PV-Potential schnellstens genutzt werden.

Das Förderprogramm sollte daher ausgebaut und weiterentwickelt werden. In Neubaugebieten soll über Festsetzungen im B-Plan eine Solar- und/oder PV-Anlage verpflichtend festgesetzt werden.

Dachneigungen und Firstausrichtungen sollen, soweit möglich, planerisch für eine gute Solar- und PV-Nutzung ausgerichtet werden.

CO²-frei ist machbar, Herr Nachbar!

Eckert & Ziegler

In Braunschweig ist, für einige überraschend, seit längerer Zeit schon ein Betrieb ansässig, der mit radioaktiven Substanzen in der Nähe von Wohngebieten umgeht. Alles, so glaubten viele, mit nur geringem Risiko und auf einer ordentlichen Genehmigungsgrundlage durch das örtliche Gewerbeaufsichtsamt.

Zwischenzeitlich wissen wir, dass der Betrieb vor Ort die Verarbeitung von radioaktivem Müll ausweiten will und in diesem Zusammenhang und der öffentlichen Diskussion um den Standort, sind auch Zweifel an der Angemessenheit der sog. „Umgangsgenehmigungen“ aufgekommen. Je mehr über die Firma, den Standort und die Genehmigungslage an die Öffentlichkeit dringt, umso beunruhigter werden die Anwohner vor Ort und die Braunschweiger Bürger insgesamt. Ein auf grünen Antrag hin initiiertes B-Plan-Verfahren ist angelaufen. Eine Veränderungssperre beschlossen worden. Beides mit dem Ziel, die seitens der Firma beabsichtigte Ausweitung der Müllverarbeitung nicht zuzulassen. Aber die Stadt hat, wie auch immer man es dreht und wendet, nur auf einen bestimmten Bereich, das B-Planungsrecht, einen direkten Einfluss. Alle anderen Rahmenbedingungen wie z.B. Umgangsgenehmigungen, Strahlenschutz- und Transportbestimmungen unterliegen der

Landesaufsicht.

Das Ziel muss auf die eine oder andere Weise sein, dass die Betriebe vor Ort auf das begrenzt werden, was sie vor Ort schon jetzt tun. Keine Ausweitung!

Weder qualitativ noch quantitativ noch im Bauvolumen! Mehr noch! Die sog.

Umgangsgenehmigungen müssen abgesenkt, die Strahlenschutzbestimmungen verschärft werden (Stichwort 2000h-Regel). Die genehmigten Nuklide müssen in Menge und Strahlungsintensität offen gelegt werden. Es darf nicht dazu kommen, dass in dem Betrieb irgendwann Müll aus der Asse, den stillgelegten Atomkraftwerken oder der Niedersächsischen Landessammelstelle in Leese konditioniert werden. Neben Kindergärten, Schulen und Wohngebieten muss das ausgeschlossen werden! Dauerhaft!

Verwaltung

Um das alles umzusetzen, ist eine leistungsfähige, leistungsbereite und personell gut aufgestellte Verwaltung nötig. Leider ist hier in der Vergangenheit aus lauter Sparwut teilweise über das verträgliche Maß hinaus Personal eingespart worden. So ist alleine im Hochbaubereich vor 1,5 Jahren seitens der Verwaltung eine Personallücke von sage und schreibe 18 (!) Stellen festgestellt worden. Das mit einer solchen personellen Unterbesetzung die wichtige Aufgabe Schulsanierung nicht so einfach zu stemmen ist, muss jedem einleuchten. Auf meine Initiative hin ist es gelungen, hier leicht gegenzusteuern. Insgesamt sind im Bereich Hochbau und Planung 5 Stellen neu beschlossen worden, um die schlimmsten Missstände zu beseitigen.

Eltern, Schüler und Lehrer haben einen Anspruch auf ein effizientes System zur Bereitstellung gut sanierter und ausgestatteter Unterrichtsräume und Schulgebäude. Natürlich gilt dieser Anspruch auch für alle anderen städtischen Liegenschaften.

Auch in anderen Verwaltungsbereichen muss geprüft werden, ob ähnliche Unterbesetzungen vorhanden sind. Vieles deutet, leider, darauf hin. Die Braunschweiger Bürger haben aber in jedem Bereich einen Anspruch auf eine leistungsfähige und schnell handelnde Verwaltung. Eine schonungslose Bestandsaufnahme und Bewertung des personellen Bestandes und der anstehenden Aufgaben ist eine der vordringlichsten Aufgaben, bevor die oben beschriebenen Aufgaben in Angriff genommen werden können.

**Bewerbung um die Aufstellung als Oberbürgermeister-Kandidat
zur Wahl am 25.05.2014 und 15.06.2014**

Holger Herlitschke

6/6



Weitere wichtige Themen in Schlagworten (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

- schnellerer Ausbau der Ganztagschulplätze
- weiterer Ausbau der Krippenplätze
- höhere Anstrengungen in der Schulsanierung aber ohne PPP oder ähnliche Experimente
- keine weitere Privatisierung, wenn möglich gar Rekommunalisierung oder Neugründung kommunaler Gesellschaften zur Daseinsvorsorge
- Institutionelle und perspektivische Förderung der sozialen und kulturellen freien Träger
- Umsteuerung im Verkehrsmix (Modal-Split) in Braunschweig mit deutlich mehr und besserem ÖPNV-Angebot und Ausbau des Radverkehrs.
- Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Bürger
- Verbesserung der Planerischen Grundlagen in der Stadtplanung
- Interkulturelles Zusammenleben fördern und ausbauen



Ich bitte daher um Euren Rückenwind!

Holger Herlitschke BS, 09/2013